

## „Es werden immer neue Kredite nötig“

Interview mit dem Politikwissenschaftler Lüder Gerken über die Hilfen für Griechenland

**Brüssel.** Ein zweites Hilfspaket für Griechenland wurde zwar vorerst verschoben, dennoch braucht das Land schon in den nächsten Tagen weitere Milliarden von seinen Euro-Partnern. Sind die Hellenen überhaupt zu retten? Oder müssen wir künftig immer wieder Gelder nach Athen überweisen? Unser Brüsseler Korrespondent Detlef Drewes sprach darüber mit dem Politikwissenschaftler Professor Lüder Gerken, Leiter des Centrums für Europäische Politik (cep) in Freiburg/Breisgau.

*Griechenland taumelt – trotz gewaltiger Anstrengungen der Euro-Partner. In den nächsten Wochen werden die Finanzminister ein zweites Rettungspaket beschließen. Ist Griechenland damit zu retten?*

Gerken: Nein. Es ist schon jetzt absehbar, dass auch mit dem zweiten Milliarden-Paket die eigentlichen Probleme nicht beseitigt werden können. Wir haben es mit einer ganzen Palette struktureller Schwierigkeiten und Versäumnisse zu tun, die mehr erfordern als nur immer neue Finanzspritzen.

*Deutschland beteiligt sich mit horrenden Bürgschaften, im Fall Athens auch mit Krediten. Man ist erstaunt, wie leichtfüßig die Bundesregierung über alle ordnungspolitischen Hürden hinwegspringt?*

Gerken: Das ist doppelt richtig. Als der Euro eingeführt wurde, hatte man ausdrücklich festgelegt, dass Hilfen für einen Euro-Partner untersagt sind. Mit einem Trick hat man dieses Verbot umgangen. Außerdem wird gegen den Grundsatz verstoßen, wer ein unternehmerisches Risiko eingeht, muss auch die Folgen des Scheiterns tragen. Dies soll für die Kapitalanleger, die hohe Zinsen für den Kauf riskanter Grie-



Professor Lüder Gerken.

chenland-Anleihen kassiert haben, nicht gelten. Für sie sollen die nord-europäischen Steuerzahler haften. Das hat mit sauberer Ordnungspolitik nichts zu tun.

*Nun wird immer argumentiert, dass man ja bisher nur Bürgschaften vergeben hat, aber noch kein Euro geflossen ist.*

Gerken: Für Griechenland stimmt das nicht. Da wurden auch Kredite verteilt. Und für den Europäischen Stabilitätsmechanismus, der 2013 in Kraft treten soll, ist es auch nicht korrekt, weil allein Deutschland in ihn 22,4 Milliarden Euro einzahlen muss. Noch gravierender ist: Griechenland und Portu-

gal werden die Kredite, die sie erhalten, nicht zurückzahlen können. Es droht ein Schneeballsystem, bei dem fällige Kredite durch neue, immer höhere Kredite ersetzt werden.

*Die Entwicklung ist ja nicht nur das Ergebnis hoher Staatsverschuldung, sondern auch von fatalen Fehlern in der Wirtschaftspolitik. Was bedeutet das für die Rettungsbemühungen?*

Gerken: In der Tat sind nicht nur die Staaten, sondern die Volkswirtschaften insgesamt überschuldet. Griechen und Portugiesen haben über Jahre hinweg über ihre Verhältnisse gelebt, indem sie unentwegt mehr importiert als exportiert haben.

Bezahlt wurde das auf Pump, mit immer neuen und höheren Krediten aus Nordeuropa. Um diese Kredite zurückzahlen zu können, müssten diese Länder Exportüberschüsse erwirtschaften. Das können sie aber nicht, weil ihnen die Wettbewerbsfähigkeit dramatisch abhandengekommen ist.

*Welche Lösungsmöglichkeiten gibt es denn dann überhaupt?*

Gerken: Die Wettbewerbsfähigkeit lässt sich nicht in wenigen Jahren zurückgewinnen. Es sei denn, die Länder würden aus dem Euro aussteigen; dann könnten sie ihre neue Währung abwerten und wären auf einen Schlag wettbewerbsfähig. Die Teilung der Euro-Zone wollen

die Politiker aber um jeden Preis verhindern. Zwingende Konsequenz ist ein Staatenfinanzausgleich: Die nordeuropäischen Staaten müssen den südeuropäischen jedes Jahr etliche Milliarden Euro überweisen. Da die deutsche Bevölkerung einen Staatenfinanzausgleich ablehnt, könnte man ihn zunächst mit „Krediten“ kaschieren, bei denen von vornherein sicher ist, dass sie nie zurückgezahlt werden. Die Insolvenz der Staatshaushalte oder Schuldenerlasse sind keine durchgreifende Lösung, weil sie an der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften nichts ändern.

*Nun soll der Privatsektor am neuen Hilfspaket beteiligt werden. Ist das eine Möglichkeit, die funktionieren kann und die auch die Staatshaushalte entlastet?*

Gerken: Die Beteiligung soll ja rein freiwillig sein. Kein Kapitalanleger wird so dumm sein, sich freiwillig in Griechenland weiter zu engagieren.

*Nun bemühen sich die Staats- und Regierungschefs, die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten wieder einander anzunähern. Dazu wurde statt einer Wirtschaftsregierung eine lose Zusammenarbeit erfunden. Reicht das?*

Gerken: Nein, weil man sich letztlich nur auf unverbindliche Absprachen geeinigt hat, die jedem Mitgliedsland die Möglichkeit lassen, zu tun, was es will. Man sieht an Frankreich, Spanien und Italien, dass die Bereitschaft zu Reformen, die nicht erzwungen werden können, bestenfalls gering ist. Freiwillig wird es keine durchgreifenden Reformen geben – und schon gar nicht in der Geschwindigkeit, die eigentlich nötig wäre.